
Antrag

der Fraktion der CDU

Forschen, Lehren und Studieren 4.0 – Digitalisierung der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft vorantreiben

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

- die Digitalisierung der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft stärker voranzutreiben und die Potenziale der Anwendung digitaler Instrumente und Methoden in den Bereichen Lehre und Forschung auszuschöpfen
- den Berliner Hochschulen die für die Digitalisierung notwendigen finanziellen Investitionsmittel bereitzustellen, insbesondere hinsichtlich des Aufbaus erforderlicher personeller Ressourcen sowie der entsprechenden technischen Infrastruktur
- in enger Abstimmung mit den Berliner Hochschulen einen Strategieplan Digitalisierung zu erarbeiten, der kurz-, mittel- und langfristige Ziele benennt, u. a.:
 - die Erarbeitung didaktischer und pädagogischer Konzepte für den sinnvollen Einsatz digitaler Elemente in der Lehre
 - die Integration digitaler Medienbildung und -kompetenz in die Curricula
 - umfassende Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften
 - die Entwicklung von Schnittstellen zwischen vorhandenen Informationssystemen mit dem langfristigen Ziel des Aufbaus eines einheitlichen und hochschulübergreifenden Campus-Management-Systems
 - den fortlaufenden Auf- und Ausbau notwendiger Datenbestände und die Festlegung von Standards für eine datenschutzkonforme digitale Übermittlung von Daten zwischen den Hochschulen

- sich auf Bundes- und europäischer Ebene für ein wissenschaftsfreundliches Urheber-, Nutzungs- und Verwertungsrecht und einen rechtlich gesicherten Ausbau der Open Access- und Open Data-Angebote einzusetzen
- Innovationen im Fach Informatik nach Kräften zu fördern
- die Chancen und Risiken der Digitalisierung durch Technologiefolgenabschätzung auch an den Hochschulen zu erforschen und damit verbundene Methodiken zu lehren
- die Berliner Forschungseinrichtungen bei der Einführung von Digitalisierungstechniken und smarter Systeme zu unterstützen, u. a. den Botanischen Garten bei der Digitalisierung der botanischen Sammlung
- den Einsatz smarter Systeme in der Rettungsstelle der Charité zu fördern, um neue Möglichkeiten der Patientenbetreuung und -behandlung zu eröffnen
- die Forschung und Ausbildung im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) zu verstärken und eine ressortübergreifende KI-Strategie für Berlin zu erarbeiten, die folgende Punkte beinhaltet:
 - den Aufbau eines ressortübergreifenden Netzwerks für Künstliche Intelligenz, um Experten aus dem Wissenschafts- und Forschungsbereich mit KI-Experten aus der Wirtschaft zusammenzuführen, Synergieeffekte zu erzielen und den interdisziplinären Austausch zu verstärken
 - die Stärkung und Weiterentwicklung bereits bestehender Kompetenzzentren
 - die Aufstockung der finanziellen KI-Förderung und Investitionen in die Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien, um den Wissenstransfer in die Breite zu beschleunigen
 - die Entwicklung einer KI- und innovationsfreundlichen Datenstrategie, der rechts-sichere Kriterien für den Umgang mit Daten sowie Datenaustauschkooperationen zugrunde liegen
 - die Einführung einer Erfolgsmessung, anhand derer die Fortschritte zuvor festgelegter Maßnahmen und definierter Ziele erkennbar werden
 - die Erhöhung der Transparenz der Hochschulleistungen und die Durchführung einer Aufklärungskampagne über die Chancen und Risiken von KI, um den gesellschaftlichen Diskurs, das Verständnis sowie die Akzeptanz von KI zu fördern
 - die Erhöhung der Zahl der Professoren, Lehrstühle und Doktoranden im Bereich KI
 - eine breitere Verankerung von KI an den Berliner Hochschulen durch den Auf- und Ausbau von Studienplatzkapazitäten und IT-Studiengängen insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz und des Maschinellen Lernens zur nachhaltigen Abdeckung des Fachkräftebedarfs
 - die Vergabe von Stipendien, insbesondere für das Fach Informatik, um an den Hochschulen entsprechende Studienanreize zu setzen
 - gezielte Maßnahmen, um attraktivere Rahmenbedingungen für Forschende schaffen und somit führende Experten für KI in Berlin zu halten bzw. nach Berlin (zurück) zu holen und langfristig an die Stadt zu binden (beispielsweise neue und flexible Beschäftigungsmodelle)

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2019 über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen zu berichten.

Begründung:

Die Digitalisierung hat binnen weniger Jahrzehnte unser Alltagsleben radikal verändert. Mittlerweile sind sämtliche gesellschaftliche Bereiche von digitalen Technologien und Prozessen durchdrungen. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen und muss auch von den Berliner Hochschulen und Forschungsstätten nicht nur genutzt, sondern aktiv mitgestaltet werden.

Im Zuge der Globalisierung stehen die Berliner Hochschulen unter einem zunehmenden Wettbewerbs- und Innovationsdruck. Völlig zu Recht wird die klassische Präsenzhochschule weiterhin ihre Berechtigung haben, doch um auch in Zukunft im nationalen und internationalen Wettbewerb um Wissenschaftler, Studenten und Forschungsergebnisse auf einem hohen Niveau mithalten zu können, ist eine stärkere Implementierung neuer technologischer Instrumente und Methoden in Forschung und Lehre unerlässlich.

Der Berliner Senat muss sich klar zur Digitalisierung der Hochschul- und Forschungslandschaft bekennen und in Abstimmung mit den Hochschulen ein Konzept vorlegen, das die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, sowie einen Zeitplan zur Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Ziele festlegt. Den Hochschulen müssen zudem die für die Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Ob wirtschaftliche Innovationen, gesellschaftliche Denkanstöße oder die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte: viele zukunftsweisende Entwicklungen werden aus unseren Hochschulen heraus entschieden. Sie müssen daher in die Lage versetzt werden, die Potenziale und Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen zu können und auf diese Weise die Qualität von Studium, Lehre, Forschung und Verwaltung zu sichern und den wissenschaftlichen Austausch zu verbessern. Die Digitalisierung birgt auch für unsere Hochschulen Potenziale, durch die sich viele der heute diskutierten Probleme, wie etwa eine mangelnde Vereinbarkeit von Familienleben und Studium, fehlende Räume oder eingeschränkte und damit nicht dem Lebensalltag der Studierenden angepasste Öffnungszeiten von Bibliotheken, in absehbarer Zeit abfedern bzw. lösen ließen.

Mit Blick auf die Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft ist jedoch festzustellen, dass die Entwicklung in vielen Teilaspekten nur langsam vorangeht, weil entweder keine einheitliche Digitalisierungsstrategie existiert, die notwendige Infrastruktur fehlt, die Finanzierung nicht nachhaltig gesichert ist oder hinsichtlich rechtlicher Aspekte noch immer Verunsicherung besteht.

Das Studium von heute muss auf eine digitale Arbeitswelt von morgen vorbereiten. Absolventen aller Fachrichtungen müssen die inhaltlichen und methodischen Kompetenzen vermittelt bekommen, um für die Herausforderungen des Arbeitsmarktes gewappnet zu sein. Fachlich und didaktisch geschulte Lehrkräfte sind ebenso vonnöten wie eine zeitgemäße Anpassung der Curricula und eine wettbewerbsfähige technische Infrastruktur. Die Digitalisierung, insbesondere die Vermittlung digitaler Nutzungskompetenzen, muss fester Bestandteil der Lehre sein. Aktuell ist die Entwicklung der Digitalisierung im Hochschulbereich jedoch bei weitem nicht so schnell und umfangreich vorangeschritten, wie es angesichts des zunehmenden Wettbewerbs nötig wäre. Insbesondere E-Learning-Plattformen werden größtenteils nur zur Organisation oder unterstützend genutzt. Zukünftig muss ein einheitliches Campus-Managementsystem an die Stelle von Insellösungen treten und separate Programme ersetzen.

Es bedarf eines modernen und zugleich fairen Urheberrechts, das den Erfordernissen des digitalen Zeitalters entspricht und insbesondere keine unnötigen Einschränkungen für Wissenschaftler und Forschende mit sich bringt. Open-Access-Publikationen, aber auch digitale Lehr- und Lernformate sowie offene Forschungsdaten müssen etwa durch Regelungen in den Hochschulverträgen unterstützt werden.

Künstliche Intelligenz gilt als eine der Schlüsseltechnologien unserer Zeit. Die Bundesregierung hat in ihrer KI-Strategie die Ziele, Handlungsschritte und Investitionen der kommenden Jahre dargelegt und damit deutlich gemacht, dass der rasante technologische Fortschritt und der internationale Wettbewerbsdruck auf diesem Gebiet eine strategische Ausrichtung zukünftiger Maßnahmen erforderlich machen. Diese Maßnahmen müssen konkretisiert, priorisiert und durch Indikatoren flankiert werden, um Erfolge konkret messbar zu machen. Einige der Schwerpunkte sind die Stärkung wissenschaftlicher Kompetenzen, Strukturen und der Transfer von wissenschaftlichen Ergebnissen in Anwendung und Praxis mit dem übergeordneten Ziel einer gemeinwohlorientierten Nutzung von KI, die ethisch, rechtlich und institutionell in die Gesellschaft eingebettet ist.

Das Land Baden-Württemberg hat eine Vorreiterrolle eingenommen und bereits eine umfassende KI- und Digitalisierungsstrategie auf den Weg gebracht. Auch Berlin hat das Potenzial, einer der führenden Standorte für Künstliche Intelligenz und Forschungsschwerpunkt von Zukunftstechnologien zu werden. Unsere Spitzenposition als Innovationsstandort hängt dabei erheblich von den Rahmenbedingungen für KI-Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ab. Die vielfältigen gesellschaftlichen Auswirkungen der Erforschung und Anwendung von KI-Technologien und deren Bedeutung als Querschnittstechnologie betreffen eine Vielzahl von Ressorts und dementsprechend auch Akteure, so dass eine verstärkte Abstimmung und Zusammenarbeit unerlässlich ist. Die CDU-Fraktion fordert den Senat daher auf, eine ressortübergreifende KI-Strategie für Berlin zu entwickeln. Ziel muss es sein, ein wettbewerbsfähiges Netzwerk für Künstliche Intelligenz aufzubauen, das Experten aus Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft verbindet.

Akzeptanz setzt Aufklärung und Beteiligung voraus. Um den noch immer bestehenden Unsicherheiten in der Gesellschaft hinsichtlich des gemeinwohlorientierten Nutzens neuer Technologien zu begegnen, sollte daher im Rahmen einer Aufklärungskampagne KI ein breiter gesellschaftlicher Diskurs angestoßen werden.

Mit dem „Berlin Big Data Center“ und dem „Berliner Zentrum für maschinelles Lernen“ sind bereits zwei Kompetenzzentren in Berlin angesiedelt. Diese gilt es auszubauen und strategisch weiterzuentwickeln.

Die Organisation von Forschung und Lehre muss höchsten Qualitätsansprüchen genügen. Der Erwerb digitaler Kompetenzen ist ein zentraler Faktor für den Erfolg der digitalen Transformation und damit einhergehend für die nachhaltige Nutzbarmachung von Potenzialen zukunftsweisender Technologien. Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt wird dazu führen, dass neue Qualifikationsprofile immer stärker nachgefragt werden. Ausbildungs- und Studiengänge müssen daher verstärkt mit KI-Inhalten angereichert werden und entsprechende Qualifizierungsprogramme auf den Weg gebracht werden. Gerade international Studierende und Nachwuchsforschende erwarten einen hohen Standard an digitalem Zugang und Transparenz an unseren Hochschulen. Eine der größten Herausforderungen ist es, KI-Forscher an Berlin zu binden und die Abwanderung deutscher Forscher ins Ausland zu stoppen. Die Festlegung konkreter

Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -bindung müssen daher als Schwerpunkte im Rahmen der zu erarbeitenden KI-Strategie festgelegt, durch ein Fachkräftemonitoring begleitet und prioritär verfolgt werden.

Berlin, 23. Mai 2019

Dregger Grasse Dr. Hausmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU